

Flüchtlingshilfe: Vollständige und uneingeschränkte Weiterleitung an die Kommunen

Der Bund hat jetzt eine Verdopplung seiner Soforthilfen für die Flüchtlingskosten auf eine Milliarde Euro in diesem Jahr beschlossen. Das ist eine immense Hilfe für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt außerdem die angekündigte strukturelle und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den gesamtstaatlichen Kosten der Flüchtlingsunterbringung ab dem kommenden Jahr. Die Bundesregierung hat die Not der Kommunen erkannt, während die Landesregierung die finanziellen Probleme der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung völlig ignoriert. Nur 30 bis 50 Prozent der tatsächlichen kommunalen Aufwendungen für die Flüchtlingsversorgung werden aktuell in Nordrhein-Westfalen erstattet.

Die Aufstockung der Soforthilfe für dieses Jahr bedeutet für Nordrhein-Westfalen zusätzliche 108 Millionen Euro. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mittel zu 100 Prozent an die Städte und Gemeinden gehen. Die Landesregierung darf damit weder eigene Maßnahmen finanzieren oder die Mittel im Haushalt versickern lassen, noch darf es dazu kommen, dass die Landesregierung gleichzeitig eigene Gelder einspart.

Im Gegenteil: Die Landesregierung muss das nordrhein-westfälische System der Flüchtlingspauschale endlich reformieren und durch eine Vollkostenerstattung ersetzen. Das jetzige System ist völlig überholt und gescheitert. Lediglich rund 7.500 Euro Pauschalersatzung bei tatsächlich doppelt so hohen Kosten und keinerlei Erstattung für die rund 36.000 geduldeten Flüchtlinge bringen die Kommunen in große Nöte. Außerdem lässt die Landesregierung die Kommunen weitgehend auf den Krankheitskosten sitzen und sieht darüber hinaus eine Berechnungssystematik vor, die nur die Kostenerstattung für 28.380 Asylbewerbern in diesem Jahr vorsieht - während mehr als doppelt so viele Flüchtlinge zu versorgen waren. Dass dieses System nicht auf Dauer funktionieren kann, muss auch Rot-Grün endlich begreifen.

Polizeireform: Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung

In dieser Woche wurde der Abschlussbericht der Expertenkommission „Bürgernahe Polizei – den demografischen Wandel gestalten“ vorgestellt, in dem Vorschläge für eine Neustrukturierung der Polizei gemacht werden sollten. Minister Jäger streut den Menschen Sand in die Augen, wenn er behauptet, die rot-grüne Landesregierung habe das Problem des demografischen Wandels bei der Polizei im Griff. In Wahrheit sind SPD und Grüne in der Frage, wie man diesem Prozess entgegenwirken kann, hoffnungslos

Pressestelle

Axel Bäumer	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 71	cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
Nils Sönksen	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2355	Mobil (0151) 1 884 10 90	axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
Teresa Leson	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 83	nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
		Tel: (0211) 884-2213		teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

zerstritten. Allen Versuchen des Schönredens zum Trotz bleibt richtig: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen steuert auf eine ernst zu nehmende Personallücke zu. Bislang wurde die Zahl von 3.300 fehlenden Polizeikräften im Jahre 2025 von keiner Seite bestritten, weder vom Innenministerium noch von den Polizeigewerkschaften. Auf welcher Berechnungsgrundlage die deutlich geringere Personallücke in dem Bericht fußt, erschließt sich uns nicht. Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung.

Natürlich freuen wir uns über jede Neueinstellung bei der Polizei. Die Zahl der Neuanwärter allein reicht aber bei Weitem nicht aus, um die Pensionierungswelle bei der nordrhein-westfälischen Polizei aufzufangen. Minister Jäger wird sich auf Dauer nicht vor den unliebsamen Themen Polizeistruktur, Aufgabenkritik und der Neubesetzung der vorhandenen Stellen drücken können. Angekündigt hatte dies Jäger schon lange, passiert ist bis heute rein gar nichts.

Inklusion im Sport bleibt auf der Strecke

Die Verankerung des Inklusionsgedankens im Sport steckt in Nordrhein-Westfalen noch immer in den Kinderschuhen. Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung von Inklusion im Sport ist aus Sicht von CDU und FDP die Berücksichtigung von entsprechenden Lehrinhalten in den sportwissenschaftlichen Studiengängen. Berufsbegleitende Fortbildungsangebote für Sportlehrer und die Qualifizierung von ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern in den Vereinen könnten helfen, die facettenreiche Inklusionsthematik zu vermitteln. Einen entsprechenden Antrag von CDU und FDP hat die rot-grüne Mehrheit im Sportausschuss jetzt abgelehnt.

Die Chance, mit einer gemeinsamen Initiative dem Gedanken und vor allem der Umsetzung der Inklusion im Sport zum Erfolg zu verhelfen, haben SPD und Grüne leichtfertig vertan. Dieses Verhalten ist aus Sicht der Betroffenen beschämend. Über ein Jahr hat Rot-Grün uns mit der Bitte um eine gemeinsame Initiative hingehalten, um am Ende den gemeinsamen Vorstoß von CDU und FDP ohne einen einzigen Gegenvorschlag abzulehnen. Das parteipolitische Farbenspiel war den Koalitionsfraktionen wichtiger – zum Leidwesen der Menschen mit Behinderung. Die vollmundigen Erklärungen zur Inklusion sind leider ohne Taten geblieben.

Erzieherinnen und Erzieher brauchen gute Arbeitsbedingungen

Mit dem Kinderbildungsgesetz, das die CDU-geführte Landesregierung 2007 geschaffen hat, ist die Kinderbetreuung zum qualitativen Beginn der Bildungskette geworden. Schon damals wurde in das Gesetz verankert, dass im Jahr 2011 eine Evaluierung erfolgen muss. Die Nachfolge-Regierung hat das bis heute nicht umgesetzt. Schlimmer: Mit den beiden KiBiz-Revisionen aus den Jahren 2011 und 2014 wurden Mehrbelastungen für die Erzieherinnen und Erzieher festgeschrieben, ohne dafür Sorge zu tragen, diese finanziell ausreichend zu untermauern.

Der Antrag der CDU zur Stärkung der Erzieherinnen und Erzieher (Drucksache 16/8936) greift die durchaus nachvollziehbaren Beschwerden der Erzieherinnen und Erzieher auf. Wir fordern eine systematische Untersuchung der Kitapraxis hinsichtlich der gestiegenen Arbeitsanforderungen. Es müssen dabei die Organisationsstrukturen, die

Personalausstattung, die Fortbildungsmöglichkeiten des Personals sowie weitere besondere Herausforderungen in den Blick genommen werden. Die CDU hat bereits Vorschläge in den Landtag eingebracht, wie die finanzielle Ausstattung verbessert werden kann, um die Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung zu verbessern. Zudem muss über die Erprobung neuer Wege – zum Beispiel eine verwaltungsminimierte Kindertagesbetreuung – nachgedacht werden. Gegebenenfalls auch unter Einbindung von Verwaltungsassistenzen.

Die Grenze der Belastbarkeit ist an vielen Fronten überschritten. Die Arbeitsbedingungen an Kitas müssen dringend verbessert werden, damit unsere Kinder die bestmögliche Betreuung erhalten. Die Landesregierung muss endlich handeln und die Kitas entlasten.

Verfassungsschutzbericht: Jäger hat den Blick für die Dimensionen verloren

Innenminister Jäger beschreibt in dem in dieser Woche veröffentlichten Verfassungsschutzbericht 2014 den Zustand, bleibt aber konkrete Handlungsansätze schuldig. So glaubt Jäger nach wie vor, der stetig wachsenden Salafisten-Szene in Nordrhein-Westfalen mit einem personell hoffnungslos unterdimensionierten Aussteigerprogramm Herr zu werden. Mit dem Ergebnis, dass auf jeden Aussteiger gleich mehrere Szene-Neueinsteiger kommen – darunter zunehmend junge Männer und Frauen. Trotzdem versucht Jäger die Entwicklung als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Das zeigt: Jäger hat beim Thema Salafismus und Islamismus den Blick für die Dimensionen verloren.

Nicht besser sieht es beim Thema Rechtsradikalismus aus: Zwar gibt sich Innenminister Jäger nach außen gerne als harter Law-and-Order-Mann, der vorgibt, der rechten Szene ‚auf die Springerstiefel zu treten‘. Die Realität hat mit diesen Sheriff-Phantasien aber nichts zu tun. Die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger in den besonders stark von der rechtsradikalen Szene unterwanderten Städten wie Dortmund ist eine völlig andere. Hier ist zu hören, dass die rechtsradikale Szene mehr und mehr das Stadtbild prägt und für Angst und Schrecken sorgt. Mit Ankündigungen und markigen Worten ist es eben nicht getan. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen erwarten zu recht von einem Innenminister, dass er seinen Ankündigungen endlich auch spürbare Taten folgen lässt.

Kutschaty darf Probleme in Jugendhaftanstalt nicht länger ignorieren

Unter dem Titel „Gewalt und Drogen in der Musteranstalt“ berichtete WDR.de in dieser Woche von neuen Vorwürfen gegen die JVA Wuppertal-Ronsdorf: So soll ein ehemaliger Gefangener der Jugendhaftanstalt in Wuppertal dem WDR von Gewalt, Drogenhandel und hilflosen JVA-Mitarbeitern berichtet haben.

Die Aussagen des WDR-Informanten bestätigen unsere Hinweise auf erhebliche Missstände in der JVA Wuppertal-Ronsdorf aus dem vergangenen Jahr. Bereits am 22. Januar und am 19. März 2014 hatte die CDU-Landtagsfraktion dieses Thema auf die Tagesordnung des Justizausschusses gebracht. Die damals vorgebrachten Vorwürfe kamen von Seiten der Bediensteten der JVA und werden nun von den Aussagen eines Ex-Gefangenen untermauert. Justizminister Kutschaty hatte damals alles unternommen, um das Problem kleinzureden. Die Vorwürfe gegen die JVA hätten sich nicht bewahrheitet, so

der Minister damals im Landtag. Allenfalls habe es ‚Anlaufschwierigkeiten‘ in der 2011 als Vorzeige-JVA in Betrieb genommenen Jugendhaftanstalt gegeben.

Wie der WDR nun berichtet, herrschen weiterhin erschreckende Missstände in der Haftanstalt Wuppertal-Ronsdorf. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von Minister Kutschatj, dass er umgehend und öffentlich zu den erneut schwerwiegenden Vorwürfen Stellung bezieht. Ignorieren und Kleinreden löst keine Probleme.

Bodycams: Landesregierung hinkt Meilenweit hinterher

Im Jahr 2014 sind in Nordrhein-Westfalen 7.900 Polizistinnen und Polizisten Opfer einer Straftat geworden. Die Polizei begibt sich bei ihrer Arbeit tagtäglich in gefährliche Situationen und ist daher auf Beweismaterial angewiesen. Sogenannte Bodycams ermöglichen eine vereinfachte Beweissicherung und auch eine Senkung von Übergriffen gegenüber Polizeibeamten. Experten und Polizeibeamte loben bereits jetzt den hohen Nutzen dieses Einsatzmittels. Attacken gegen Polizisten gehen durch die Cams nachhaltig zurück.

Während die von SPD und Grünen regierten Länder Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz ausführliche Tests mit dieser Technik unternehmen, hinkt die Landesregierung wieder Meilenweit hinterher. Anstatt die neue Videotechnik zu erproben, verweigert sie sich diesem Einsatzmittel völlig. Stattdessen schaut sie nahezu tatenlos zu, wie Übergriffe auf unsere Beamten immer weiter zunehmen. Rot-Grün muss endlich den Widerspruch aufklären, weshalb nordrhein-westfälischen Polizeibeamten diese Technik vorenthalten wird, wohingegen andere Bundesländer längst den Versuch wagen. Objektive Gründe konnte die Regierungskoalition bisher nicht vorbringen.

Unterstützung von Kitas ist bei Rot-Grün wie Lottospiel

In einem Fall in Königswinter wurden Fördermittel zur Sprachförderung per Losverfahren einer von zwei Kitas zugeteilt, obwohl beide Kitas identische Fördervoraussetzungen hatten. Bisher erhielten Kindertageseinrichtungen nach der Anzahl der Kinder mit entsprechendem Bedarf Fördermittel zur Sprachförderung. Die rot-grüne Umsteuerung hat zur Folge, dass es künftig nicht mehr in jeder Kita und für jedes Kind eine zusätzliche Sprachförderung gibt. Denn die landesseitig zugewiesenen Mittel müssen innerhalb des Jugendamtsbezirks pauschal mit mindestens 5.000 € pro Einrichtung verteilt werden. Das führt dazu, dass beispielsweise in Sprockhövel, wo es insgesamt 14 Einrichtungen gibt, nur zwei Einrichtungen jeweils 5.000 € erhalten, da die zugewiesenen Mittel für Sprockhövel nur 10.000 Euro betragen. 12 Einrichtungen gehen folglich leer aus – egal ob die dortigen Kinder einen Bedarf haben oder nicht.

Sprachförderung wird hier zum Lottospiel. Das ist keine auf das Wohl der Kinder abzielende Politik, sondern Willkür. In der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu diesem Fall wird deutlich, dass eine Patt-Situation vor Ort nicht bedacht wurde und die Kommunen bei dieser Entscheidung alleine gelassen werden. Dieser Fall kann morgen überall auch in anderen Teilen von Nordrhein-Westfalen passieren. Daher ist die Landesregierung gefordert, eine eindeutige Regelung für zukünftige Fälle zu treffen.

Rot-Grün ohne Konzept beim schnellen Internet

Bei einem Sachverständigengespräch im Wirtschaftsausschuss wurde deutlich, dass die Landesregierung schnellstmöglich die Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau verbessern muss. So muss nach Auffassung der Sachverständigen beispielsweise das Förderprogramm der NRW.Bank um eine Bürgschaftskomponente ergänzt, die Kostensenkungsrichtlinie der EU schnellstmöglich umgesetzt, die Mittel aus der digitalen Dividende effektiv eingesetzt und ein Konzept für mehr bürgerschaftliches Engagement entwickelt werden. Entsprechende Vorschläge hatte die CDU-Landtagsfraktion in sechs Anträgen bereits in den Landtag eingebracht. Bisher ist die Landesregierung leider im Schnecken-tempo unterwegs.

Trotz aller Lippenbekenntnisse scheint der Breitbandausbau für die Landesregierung keine besondere Priorität zu haben: Obwohl 90 Prozent der nordrhein-westfälischen Gewerbegebiete immer noch nicht an die schnelle Datenautobahn angeschlossen sind, hat die Landesregierung 17 Monate für die Erarbeitung einer Förderrichtlinie zum Anschluss von Gewerbebetrieben gebraucht. Das ist für das Industrieland Nordrhein-Westfalen inakzeptabel.

Leider hat rot-grün heute die von den Sachverständigen geforderte Bürgschaftskomponente für das Förderprogramm der NRW.Bank abgelehnt. Ein eigenes Konzept will die Landesregierung frühestens im September vorlegen. Rot-grün verspielt den nächsten großen Strukturwandel des Landes.

Rot-Grün verhindert mehr Vielfalt in Landesbehörden

Das Land muss als Arbeitgeber für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte attraktiver werden. Schließlich müssen Ministerien und Landesbehörden jährlich 14.000 Auszubildende, Beamtenanwärter und Referendare finden. Angesichts des demografischen Wandels und der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft darf Nordrhein-Westfalen die Potenziale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht ungenutzt lassen. Faire, wissenschaftlich erarbeitete Auswahlverfahren unterstützen dieses Anliegen.

Daher hatte die CDU-Landtagsfraktion beantragt, dass die Landesregierung in den eigenen Einrichtungen solche Verfahren bei Eignungsbeurteilungen anwendet. Ein Sachverständigengespräch hatte die Wirksamkeit dieser Methode deutlich gemacht. Dass sich SPD und Grüne diesem Vorhaben verschließen, ist sachlich nicht nachzuvollziehen und politisch kurzsichtig.

Beitrag zum Frieden im Heiligen Land

Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet empfing diese Woche junge jüdische und arabische Israelis sowie Schüler aus Bochum-Wattenscheid im Landtag. Dazu erklärt Armin Laschet: „Dass sich im Rahmen solcher Jugendbegegnungen jüdische und arabische Israelis und junge Nordrhein-Westfalen treffen und ins Gespräch miteinander kommen, ist ein Beitrag zum Frieden im Heiligen Land und zur Partnerschaft

unsers Landes mit Israel. Die persönlichen Kontakte sensibilisieren unsere Jugendlichen für das wichtige deutsch-israelische Verhältnis. Solche Begegnungen zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, dass der Jugendaustausch mit Israel von der damaligen Regierungskoalition aus CDU und FDP neu belebt und intensiviert worden ist.“

Die Schülerinnen und Schüler halten sich zum Gegenbesuch in Nordrhein-Westfalen auf. Im März waren Schüler der Wattenscheider Pestalozzi-Realschule in Israel unterwegs.